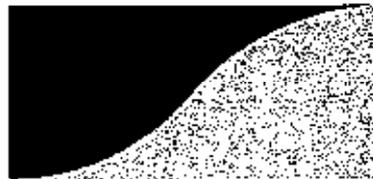


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

36. Jahrgang / 236

14. Dezember 1961

Hans Böhler MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen, würdigt die Gespräche am Werbellinsee: Hoffnung für alle Deutschen.

Seite 1

Eugen Glombig MdB beschreibt, wie die Koalition die Behindertenpolitik weiterentwickelt: Das Jahr der Behinderten ernst genommen.

Seite 3

Dokumentation

Stane Dolanc vor der Friedrich-Ebert-Stiftung: Jugoslawien nach Tito (Teil II).

Seite 5

Konstruktiv und positiv

Die Gespräche am Werbellinsee bringen Hoffnung für alle Deutschen

Von Hans Böhler MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Bundeskanzler Helmut Schmidt und Generalsekretär Erich Honecker haben Nüchternheit, Augenmaß und Vernunft walten lassen. In ihren Gesprächen sind beide Seiten davon ausgegangen, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik integrierte Bestandteile ihrer Bündnissysteme sind. Niemand, weder in Ost noch in West, konnte ernsthaft ein Interesse daran haben, daß aus dem deutsch-deutschen Verhältnis zusätzliche Belastungen für das allgemeine Ost-West-Verhältnis ausgehen. Deshalb fanden die Gespräche auch die volle Unterstützung der beiden großen Führungsmächte. Deshalb hatte die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion im Vorfeld der Gespräche auf die große Bedeutung dieses Zusammenhanges hingewiesen. Beide Regierungen in Deutschland respektieren die feste Zugehörigkeit der jeweils anderen Seite zu ihrem Bündnissystem. Davon ausgehend, waren die Sicherung des Friedens und die Frage der Sicherheit in Europa die wichtigsten behandelten Themen.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion begrüßt es, daß beide deutsche Staaten das deutsch-deutsche Engagement in Abrüstungsfragen intensivieren und weitere Entspannungsmöglichkeiten wahrnehmen, Spannungen mindern, Konfrontationen meiden und Konflikte im Vorfeld gemeinsam ausräumen wollen.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion begrüßt ganz besonders den Willen der beiden Regierungschefs, daß in den innerdeutschen Beziehungen Erreichte zu erhalten und unter friedlichen Bedingungen das Vertragswerk zu praktizieren. Das setzt voraus, daß die Beziehungen verlässlich und die beiden Partner kalkulierbar bleiben und sie das Vertrauen nicht durch Maßnahmen enttäuschen, die den erzielten vielfältigen menschlichen Erleichterungen im geteilten Deutschland zuwiderlaufen.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Wird gedruckt
mit wertvollem Recycling-Papier
Recycling-Papier



Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion unterstützt die Bundesregierung in ihrem Willen, die Beziehungen zwischen beiden Staaten ohne Bedingungen weiter entwickeln zu wollen. Mit großer Beachtung stellt sie fest, daß auch die DDR-Regierung aus den unterschiedlichen Auffassungen in grundsätzlichen Fragen keine Bedingungen für den Fortgang der Zusammenarbeit, auch nicht für die Lösung humanitärer Fragen ableiten will.

Weil die CDU/CSU-Opposition in den vergangenen Wochen einen propagandistischen Erwartungshorizont aufgebaut hatte, war abzusehen, daß sie die Gespräche zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und Generalsekretär Erich Honecker am Werbellinsee als ergebnislos herabsetzen wird. Die Kommentare aus den Reihen der Opposition haben der aufkeimenden Vernunft in den Reihen der CDU/CSU-Fraktion den Garaus gemacht. Das für uns absehbare Schauspiel ist entwürdigend. Die Opposition konnte die Reise des Bundeskanzlers in die DDR nicht verhindern. Sie hätte sich sonst gegen die Mehrheit des deutschen Volkes gestellt. Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion verurteilt die Herabsetzung der von Bundeskanzler Helmut Schmidt bewiesenen großen Verantwortung für die Sache des Friedens und die lebenswichtigen Interessen der Deutschen in beiden deutschen Staaten. Sie bringt die Erwartung zum Ausdruck, daß die beiden Regierungen den jetzt aufgenommenen Dialog zum Wohle der Menschen in Deutschland und in Europa fortsetzen.

In einigen Monaten werden auch die größten Skeptiker ermessen können, was diese Begegnung sowohl für die deutschen Interessen wie für die übergeordneten Fragen der Abrüstung und des Friedens bedeuten werden.

Für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander wurden

1. eine solide Grundlage für einen stetigen Dialog geschaffen,
2. aufbauend darauf für die angekündigten Verhandlungen zu konkreten Fragen wieder Perspektiven auch für die Deutschland- und Berlin-Politik sichtbar gemacht,
3. alle angesprochenen Probleme in den notwendigen politischen Zusammenhang gestellt und der Wille bekundet, die wichtigsten Anliegen miteinander zu lösen.

Der zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Egon Franke, und Bundesminister Otto Graf Lambsdorff einerseits und Generalsekretär Erich Honecker, Außenminister Oskar Fischer und Dr. Günter Mittag andererseits geführte umfassende Dialog war konstruktiv und wird von uns positiv bewertet, denn er bringt Hoffnung für alle Deutschen.
(-/14.12.1981/ks/ca)

+ + +



Das Jahr der Behinderten ernst genommen

Die Koalition entwickelt die Behindertenpolitik weiter

Von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Koalitionsfraktionen SPD und FDP haben im Deutschen Bundestag eine Große Anfrage zur Behindertenpolitik nach dem Internationalen Jahr der Behinderten 1981 eingebracht, zu diesem Jahr, das sich jetzt seinem Ende zuneigt. Die Anfrage hat nur zu einem Teil bilanzierenden Charakter. Im wesentlichen ist sie auf die Weiterentwicklung der Politik für Behinderte ausgerichtet. Mit der Anfrage sollen die Weichen dafür gestellt werden, daß sich der Bundestag alsbald mit der Behindertenpolitik und den Ergebnissen des Internationalen Jahres der Behinderten eingehend beschäftigt.

Die Industrieländer gehen von einem Anteil von rund zehn von Hundert Behinderten an der Gesamtbevölkerung aus. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es etwa vier Millionen anerkannte Schwerbehinderte. Diese Mitbürger sind körperlich, geistig oder seelisch beeinträchtigt. Unser sozialer Rechtsstaat hat die notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung ihrer Gesundheit und Erwerbsfähigkeit zu ergreifen und ihre Ein- oder Wiedereingliederung in Arbeit, Beruf und Gesellschaft zu ermöglichen. Seit Mitte der 70er Jahre besteht ein Rechtsanspruch auf die erforderlichen Rehabilitationsleistungen. Die Politik für Behinderte ist am Grundsatz der Finalität ausgerichtet. Sie kommt den Betroffenen unabhängig von der Behinderungsursache zugute. Maßstab sind die Art und Schwere der Behinderung.

Im Juli 1980 verabschiedete die Bundesregierung ein Aktionsprogramm Rehabilitation in den 80er Jahren. Sie hat damit eine Bilanz der seit dem ersten Aktionsprogramm von 1970 geschaffenen und ausgebauten individuellen und institutionellen Hilfen für Behinderte gezogen und Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Behindertenrechts und zur Verbesserung der Rehabilitation vorgeschlagen. Darüber hinaus hat die Nationale Kommission für das Internationale Jahr der Behinderten 1981, das von den Vereinten Nationen ausgerufen worden war, in einem Bericht die Erfolge aufgezeigt, die in der Bundesrepublik Deutschland für die Ein- oder Wiedereingliederung Behinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft erzielt worden sind. Im internationalen Vergleich gilt das in der medizinischen und beruflichen Rehabilitation erreichte Niveau als beispielhaft. In ihren Empfehlungen weist die Nationale Kommission aber auch darauf hin, daß immer noch Mängel und Lücken bei der Durchsetzung des Finalitätsprinzips und bei der Integration der Behinderten bestehen.

Klar bleiben muß: Wir dürfen die Bemühungen um unsere behinderten Mitbürger nicht auf ein Jahr beschränken, in dem uns die Vereinten Nationen besondere Aktivitäten nahelegen. Die Behindertenpolitik ist eine Aufgabe, die sich für alle Beteiligten immer wieder neu stellt. Es gibt eine Reihe wichtiger Probleme, die wir in gemeinsamer Anstrengung zu lösen haben. Gerade auch nach zum Teil bitteren Erfahrungen der vergangenen Wochen und Tage muß man realistisch genug sein, um einzugestehen, daß wir dafür einen langen Atem, Stetigkeit, Beharrlichkeit und Überzeugungskraft brauchen werden. Dies gilt nicht zuletzt im Hinblick auf die Finanzenge der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungsträger. Zu den Ansätzen künftiger Behindertenpolitik gehören:

1. Wir müssen unsere Umwelt behindertenfreundlicher gestalten. Denn allzu oft stellen sich den Behinderten bauliche und technische Barrieren in den Weg. Einen großen Schritt weiter kämen wir bereits, wenn bei Neubauten die Belange der Behinderten beachtet würden. Behindertengerechtes Bauen verursacht dann vergleichsweise nur geringe Mehrkosten, wenn bereits in der Planungsphase darauf abgestellt wird. Nachträgliche Umbauten dagegen sind mit hohen finanziellen Aufwendungen verbunden.
2. Die im Rehabilitations-Angleichungsgesetz geforderte Zusammenarbeit der Träger ist weiter zu verbessern. Der Institutionenegoismus muß dabei in den Hintergrund treten. Vor allem muß das Auskunfts- und Beratungswesen wirksamer gestaltet werden. Die von

der Bundesregierung in ihrem Aktionsprogramm Rehabilitation in den 80er Jahren hervorgehobene Notwendigkeit, ortsnahe Beratungsstellen mit qualifiziertem Personal zu schaffen, ist nachdrücklich zu unterstützen.

3. Wir müssen auf das Ziel zusteuern, das Behindertenrecht in einem umfassenden Behindertengesetz zusammenzuführen. Die Sozialversicherung Behinderter bedarf eines Ausbaus.
4. Die Einkommenssicherung der Behinderten, die weder auf Dauer ins Arbeitsleben eingliedert, noch jemals eine Erwerbstätigkeit ausüben können, ist unbefriedigend. Angemessene Renten erhalten heute nur Arbeitsunfallverletzte, Kriegsbeschädigte und ihnen versorgungsrechtlich Gleichgestellte sowie diejenigen, die die Anwartschaft auf eine Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente in der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt haben. Die von Geburt oder früher Jugend an Behinderten zum Beispiel erleiden dagegen Nachteile.
5. Die bedrückende Arbeitsmarktlage für Schwerbehinderte erfordert über die Erhöhung der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz hinaus weitere Maßnahmen. Dabei werden wir zu überlegen haben, ob es geboten ist, die bisherigen Sonderprogramme des Bundes und der Länder zum Abbau der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter und zur Förderung des Ausbildungsplatzangebotes für Schwerbehinderte durch Dauerregelungen abzulösen, die die Bereitschaft der Arbeitgeber honorieren, die mehr Schwerbehinderte einstellen oder ausbilden, als es der Pflichtquote entspricht.

Dies sind fünf Punkte, die für andere stehen. Bei ihrer Verwirklichung werden wir uns zum Teil auf längere Fristen einzustellen haben. Dreh- und Angelpunkt wird es sein, die völlige Entfaltung des Finalprinzips zu sichern, um allen Behinderten, und zwar ungeachtet der jeweiligen Behinderungsursache, eine Ein- oder Wiedereingliederung in Arbeit, Beruf und Gesellschaft zu ermöglichen.

Behindertenpolitische Aspekte haben auch im Vermittlungsausschuß eine Rolle gespielt:

1. Positiv ist, daß es im Arbeitsförderungsrecht dabei bleiben wird, daß Behinderte im Eingangsverfahren und im Arbeitstrainingsbereich der Werkstätten für Behinderte weiterhin zwei Jahre gefördert werden können.
2. Mit Bitterkeit zu registrieren sind Abstriche im Sozialhilferecht. Sie laufen sozialdemokratischen Zielen zuwider und wurden uns angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse aufgezwungen. Sie gehen auf Kürzungsbegehren des Bundesrates zurück. CDU und CSU haben für jedermann sichtbar gemacht, daß die in der "Mannheimer Erklärung" der CDU aus dem Jahre 1975 enthaltene sogenannte Neue Soziale Frage nur eine sozialpolitische Leimrute gewesen ist, die für Unbedarfte ausgelegt worden war. Denn es sind jetzt genau die dabei angesprochenen Gruppen sozial Schwacher und Gefährdeter, die von den Änderungen des Bundessozialhilfegesetzes betroffen werden.

Der verstorbene Bundespräsident Gustav Heinemann hat gesagt: "Unsere grundsätzlich auf Leistung und Wettbewerb ausgerichtete Gesellschaft ist nur dann in Ordnung, wenn sie behinderten Minderheiten volle Achtung, volle Gemeinschaft und ein Höchstmaß an Eingliederung gewährt. Zu einer Behinderung in der Teilnahme am Wettbewerb darf dem Behinderten nicht auch noch der Schmerz hinzugefügt werden, daß er nicht recht brauchbar sei, daß er eine Last und eine Störung des Wohlbehagens seiner Mitmenschen sei."

Wenn das Internationale Jahr der Behinderten 1981 dazu beigetragen hat, die von Gustav Heinemann skizzierte Position wenigstens etwas zu festigen, dann hat es sich gelohnt.

(-/14.12.1981/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

In einem Vortrag vor der Friedrich-Ebert-Stiftung hat Stane Dolanc, Mitglied des Präsidiums des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, vor kurzem die Situation seines Landes nach dem Tod des Staatsgründers Tito dargelegt. Wir dokumentieren das Referat in mehreren Teilen. (Teil II)

Jugoslawien nach Tito

3. Die Selbstverwaltung hat eine unerschöpfliche Energie und schöpferische Initiative von Millionen von Menschen befreit. Ohne Rücksicht auf die derzeitigen zahlreichen Probleme, Schwierigkeiten und Schwächen der Wirtschaftstätigkeit ist es eine Tatsache, daß Jugoslawien von Jahr zu Jahr sichtbare Ergebnisse in der materiellen und gesellschaftlichen Entwicklung erzielt sowie auch, daß der Lebensstandard seiner Bürger beständig steigt. Außer dem dynamischen Wuchs der Wirtschaft, der in der gesamten Nachkriegszeit ein Niveau von sechs Komma zwei Prozent erreichte, wurden die relativen Unterschiede des Niveaus der Entwicklung Jugoslawiens im Vergleich zu den Industriestaaten bedeutsam vermindert. So reihte sich Jugoslawien - mit einem Gesellschaftsprodukt von zweitausenddreihundert Dollar pro Kopf der Bevölkerung im Jahre neunzehnhundertachtzig, im Vergleich zu zweihundertfünfzig Dollar unmittelbar nach der Befreiung - unter die wirtschaftlich mittelentwickelten Länder auf der Welt ein, obwohl es noch ererbte und regionale Merkmale eines Entwicklungslandes hat.

Bis zum Zweiten Weltkrieg war das Gesellschaftsprodukt pro Kopf der Bevölkerung in Jugoslawien etwa ein Drittel kleiner als der Weltdurchschnitt, während nach dem Krieg, im Laufe der Zeit nach neunzehnhundertfünfzig, sein Wuchs doppelt so schnell war wie der Wuchs auf der Welt.

In den letzten Jahren sind wir jedoch einer Verschärfung der Disproportionen innerhalb der wirtschaftlichen Bewegungen gegenübergestellt, die sich insbesondere in der überhöhten Inflation und dem sehr hohen Defizit der Zahlungsbilanz ausgedrückt haben. Die Höhe der Inflation beträgt um die dreißig Prozent und das Zahlungsbilanzdefizit, das im Jahre neunzehnhundertneunundsiebzig drei Komma acht Milliarden Dollar betrug, ist schon auf zwei Komma drei Milliarden vermindert worden, so daß wir damit rechnen, dieses Jahr mit einem Defizit von eins Komma fünf bis eins Komma acht Milliarden Dollar abschließen zu können. Das ist jedoch für unsere Bedingungen noch immer zu hoch.

Wir haben eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Situation des Austausches mit dem konvertierbaren Gebiet zu verbessern, weil die jetzige Disproportion schon einen limitierenden Faktor unserer Entwicklung darstellt.

Die Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei uns sind auswärtiger wie innerer Natur, objektiv und subjektiv. Die auswärtigen Faktoren sind zahlreich. Erstens die Energiekrise. Mit ihr entschuldigen fast alle ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten außer jenen, die vom Erdöl leben. Es ist jedoch eine Tatsache, daß wir drei Viertel unseres Bedarfes an Erdöl importieren müssen. Die Preise sind in den letzten zehn Jahren um das neunzehnfache gestiegen. Wir befinden uns noch in einer Phase der intensiven Industrialisierung und in diesen zehn Jahren haben wir den Import an Erdöl um das zwei Komma zweifache vergrößert, wofür man dreifundvierzig Mal mehr Devisen sichern mußte. Ein jeder beschäftigte Jugoslawe muß jährlich an die sechshundert Dollar für Erdöl schaffen.

Zweitens die Verteuerung der Rohstoffe, Ausrüstung und Technologie. Etwa fünfundsechzig Prozent unseres Importes entfällt auf Rohstoffe und Repromaterial, fünfundzwanzig Prozent auf Ausrüstung und Technologie und zehn Prozent auf Konsumartikel.



Drittens, das Kapital, das wir als Entwicklungsland benötigen müssen, ist teurer geworden. Bekanntlich haben die Zinsen auf Kredite zwanzig und mehr Prozent erreicht. Dieses Jahr müssen wir, zum Beispiel, für Zinsen etwa eins Komma neun Milliarden Dollar an konvertierbarer Valuta aufbringen, was über drei Prozent unseres gesellschaftlichen Einkommens beträgt.

Viertens trifft uns die Verlangsamung der wirtschaftlichen Tätigkeit in den Industrieländern, mit denen wir den größten Umfang des Austausches im Außenhandel haben. Ganz besonders besorgniserregend ist die Stärkung verschiedener diskriminatorischer und protektionistischer Maßnahmen, des Monopols und der Verslossenheit der regionalen Integrationen.

Dazu kommt die Verschärfung der militärisch-politischen Situation auf der Welt, die Krise der Entspannung, das Wettrüsten, kriegerische Auseinandersetzungen, die Benützung verschiedener Formen des Drucks, was die Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere der Entwicklungsländer sehr erschwert.

Trotz all dem entschuldigen wir unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht nur mit auswärtigen Faktoren. Im Gegenteil, wir sind der Meinung, daß die fundamentalen Ursachen einheimischer Natur sind. Und selbst wenn die Schwierigkeiten ausschließlich von auswärts kämen, müßten wir die Fähigkeit unserer Wirtschaft und Wirtschaftspolitik kritisch analysieren, sich rechtzeitig den veränderten Bedingungen anzupassen.

Ich werde einige der Ursachen für die wirtschaftliche Instabilität anführen, die von unseren inneren Schwächen herrühren.

Erstens, wir haben vor nicht so langer Zeit auf einer Politik des sogenannten "dynamischen Wachses unter stabilen Bedingungen" bestanden. Wegen der veränderten Bewegung der internationalen Wirtschaft war das nicht durchführbar. Wir mußten auf der Grundlage der entstandenen Veränderungen von dieser Forderung absehen. Das taten wir mit Verspätung erst im Jahre neunzehnhundertachtzig. Es erwies sich nämlich, daß es nicht so sehr ein Problem war, den dynamischen wirtschaftlichen Wuchs zu sichern, sondern daß es viel schwieriger war zu erreichen, daß er stabil sei. Deshalb korrigierten wir im vergangenen Jahr die geplanten Zahlen des Wachses nach unten und gehen für den ganzen laufenden geplanten Zeitraum auf einen mäßigeren Wuchs, um die Stabilität der wirtschaftlichen Bewertung zu sichern. Früher stellten wir uns zu ambitiösen Ziele und dann versuchten wir, sie um einen jeden Preis zu verwirklichen.

Weiterhin befinden wir uns bekanntlich in einer Phase des Ausbaues und praktischer Anwendung des Systems der auf Selbstverwaltung beruhenden assoziierten Arbeit. Darunter versteht sich die entscheidende Rolle des Arbeiters bei der Verfügung über das Einkommen, der Gestaltung und Verwirklichung der Entwicklungspolitik, jedoch unter Anerkennung der Wirkungen der wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeit, selbstverständlich unter der Bedingungen der sozialistischen auf Selbstverwaltung beruhenden Warenproduktion. Wir rechnen damit, daß die Effekte der Anwendung des Wirtschaftssystems im vergangenen Planungszeitraum stärker zum Ausdruck kommen würden. Das war allerdings nicht so einfach. Außerdem, daß wir uns mit der Operationalisierung der Teile des Systems und der Ausarbeitung des Instrumentariums für die Durchführung verspäteten, erwies sich, daß es auch in einigen Sphären der Reproduktion hartnäckige Widerstände gegen die neuen Lösungen gibt. Insbesondere sind wir mit dem Tempo der Transformation der gesellschaftswirtschaftlichen Beziehungen auf dem Gebiet des monetären- und Kreditsystems, des Banksystems und Systems der Devisenbewirtschaftung unzufrieden.

Wenn diese Beschlußfassung an den Arbeitern, die das Einkommen schaffen, vorübergeht beziehungsweise wenn der Anteil des Einkommens vermindert wird, über den sie innerhalb der assoziierten Arbeit beschließen, dann vermindert sich auch die wirtschaftliche Motivierung für eine produktivere Arbeit und ein qualitativeres Wirtschaften. Es schwächt auch den Einfluß der wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeit und stärkt die Tendenz des Etatismus und einer autarkischen Entwicklung.



Zur Zeit arbeiten wir, neben dem Ergreifen einer Reihe von laufenden Maßnahmen und Tätigkeiten, an der Vorbereitung eines langfristigen Programms der Stabilisierung der Wirtschaft, das unsere strategische Entscheidung für den nächsten Zeitraum ist. Wir sind an die Überprüfung und Korrektur aller mittelfristigen Pläne herangetreten, um sie mit den realen Möglichkeiten, die die einheimische Akkumulation bietet, bei einer begrenzten Benützung zusätzlicher Mittel aus dem Ausland in Übereinstimmung zu bringen. Einige Entscheidungen möchte ich besonders hervorheben: Vergrößerung der Produktion auf der Grundlage des Wuchses der Arbeitsproduktivität, bei Rückführung des einheimischen Konsums in die Grenzen der Möglichkeiten der Produktion und des realen Einkommens; dynamischer Wuchs des Exportes; größere Stützung auf einheimische Ressourcen; größere Respektierung der wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeit; wirkungsvollere Investitionen bei Harmonisierung des Umfangs und der Struktur der Investitionen mit den festgelegten Zielen der Entwicklungspolitik, worunter sich auch die Verminderung der Teilnahme der Investitionen am gesellschaftlichen Produkt versteht; Erhöhung des technologischen Niveaus der Produktion und Verminderung der Abhängigkeit von ausländischen Gesellschaften bei größerer Nutzung eigener Technologie und eigenen Wissens; Anspornung von Innovationen und Schöpferum; Aufteilung des Einkommens nach Leistung; maximale Nutzung aller inneren Reserven.

Wir befinden uns in der Phase der Festlegung der Wirtschaftspolitik für das Jahr neunzehnhundertzweiundachtzig. Die grundlegenden Aufgaben dieser Politik werden ein weiterer, aber mäßigerer Wuchs der Produktion auf einer stabileren Basis sein, weiterhin, eine bedeutsame Verminderung der Inflation, Erhöhung des Exportes und Verminderung des Defizits der Zahlungsbilanz. Die derzeitigen Schätzungen zeigen, daß der Wuchs der Inflation im nächsten Jahr nicht größer als fünfzehn Prozent sein dürfte und wir rechnen damit, daß wir das Zahlungsdefizit auf ungefähr fünfhundert Millionen Dollar herabsetzen werden. Das bedeutet, daß wir die Inflation halbieren und das Defizit auf ein Drittel des diesjährigen vermindern würden.

Was die Verbesserung der Zahlungsbilanz angeht, sehen wir vor allem eine bedeutsame Vergrößerung der Warenproduktion und der Dienstleistungen für den Export vor. Die Übereinstimmung einer Anzahl von konkreten Exportprogrammen je nach den einzelnen Gruppierungen in der Wirtschaft und den großen Organisationen der assoziierten Arbeit - die Träger des Exportes sind - sind im Gange. Eine besondere Aufmerksamkeit werden wir den Maßnahmen der Wirtschaftspolitik und Veränderungen einzelner Instrumente des Systems widmen, um eine größere einkommensgebundene Motivierung des Exportes auf das konvertierbare Gebiet zu schaffen. Darunter versteht sich auch eine Politik des realen Kurses der einheimischen Valuta. Wir werden auch Programme der Vergrößerung des nicht an Waren gebundenen Einkommens an Devisen ausarbeiten.

Wir haben eine Reihe von Maßnahmen des Sparens auf allen Gebieten, insbesondere hinsichtlich des Devisenverbrauches, ergriffen. Damit werden wir fortfahren. Es geht nicht nur um die Fortsetzung einer rigorosen Einsparung von Erdöl und seiner Substitution durch einheimische Energiequellen, um einen rationelleren Import an Ausrüstung und allen anderen Waren in Übereinstimmung mit den Möglichkeiten der Zahlungsbilanz, sondern auch um die Verminderung der Devisenausgaben für verschiedene nicht an Waren gebundene Zwecke.

(-/14.12.1981/ks/ca)

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl

